HERBSTKONFERENZ

am 12. November 2015 in Berlin



der Länder

Brandenburg Bremen Hamburg Hessen

Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Rheinland-Pfalz

Saarland Sachsen Sachsen-Anhalt Schleswig-Holstein

Thüringen

Bayern Berlin

Baden-Württemberg

Mecklenburg-Vorpommern

Beschluss

TOP I.7 Verbraucher-ADR und das Verhältnis zur Justiz

Berichterstattung: Niedersachsen

Die Justizministerinnen und Justizminister halten es aus Anlass der Umsetzung der ADR-Richtlinie für sachgerecht zu prüfen, ob im Interesse einer weiteren Verbesserung des Verbraucherschutzes Änderungen des Zivilprozessrechts erforderlich sind. Sie setzen deshalb unter Federführung Niedersachsens eine länderoffene Arbeitsgruppe ein, die diese Prüfung vornehmen soll. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird gebeten, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen.